

Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Erscheinung: 1. Ausgabe 1883, 2. Ausgabe 1884, 3. Ausgabe 1885, 4. Ausgabe 1886, 5. Ausgabe 1887, 6. Ausgabe 1888, 7. Ausgabe 1889, 8. Ausgabe 1890, 9. Ausgabe 1891, 10. Ausgabe 1892, 11. Ausgabe 1893, 12. Ausgabe 1894.

Redaktion: Rammelsberg 45. Druck: Carl Hildebrandt. Verlag: C. Neubauer.

Die Sächsische Arbeiter-Zeitung erscheint wöchentlich drei Mal: Donnerstags mit dem Beiblatt „Nach der Arbeit“, Mittwochs und Samstags. Preis monatlich 60 Pf., halbjährlich 3 M., jährlich 5 M. 50 Pf. durch die Post bezogen. In Dresden, Donnerstag den 24. Mai 1894. Nr. 116. 5. Jahrg.

Der sächsische Landtag von 1893/94.

II.

Am 13. November v. J. ward der Landtag eröffnet, zwei Tage später brachte die sozialdemokratische Fraktion den Antrag ein, die Staatsregierung möge beim Bundesrat dahin wirken, daß der von der Reichsregierung durch die Tabakfabriksteuer, zur Ergänzung, betr. die Tabakfabriksteuer, zu rückzuführen, sowie daß allen weiteren Gesetzgebungsmaßnahmen, welche die Mehrbelastung des Volkes durch neue indirekte Steuern zur Folge haben, die Zustimmung verweigert werde. — Dieser Antrag, in erschöpfender Weise von unseren Genossen begründet, fand nicht einmal bei der vorläufigen Mehrheit der Kammer die Unterzeichnung zur sofortigen Schlußberatung, obwohl dessen Dringlichkeit, angesichts der zu erwartenden Vorlage der Tabaksteuer im Reichstage, auf der Hand lag.

Eine gleichzeitig zur Verhandlung stehende Interpellation Kahlmorgen: welche Stellung die Regierung gegenüber der Tabakfabriksteuer einnehme, ward vom Finanzminister dahin beantwortet, daß die Regierung bemüht gewesen sei, das Interesse der Tabakarbeiter zu vertreten. Es sei geschehen, was habe gesehen werden können. Das Reich habe nach § 70 der Reichsverfassung das Recht, so lange Reichssteuern nicht eingeführt sind, seine Bedürfnisse aus anderen Steuern zu decken. Eine Einschränkung sei nicht vorgesehen.

In derselben Sitzung (28. November) hielt Herr Rehnert eine von Zahlen, Statistiken und Antisemitismus strotzende Rede über die häßliche Heranziehung der Börse zu den Steuern. Der Antisemit Schubert sekundirte ihm darin. Seitens unserer Genossen ward erklärt, daß sie sich, analog der Haltung der Partei im Reichstag, so lange ablehnend gegen jede neue Steuer verhalten müßten, als nicht die indirekten Steuern, namentlich aber die auf die notwendigsten Lebensmittel, aufgehoben würden.

Einen weiteren Antrag stellte die sozialdemokratische Fraktion unter dem 19. Dezember, welcher die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts mit geheimen Abstimmung für alle Staatsangehörigen vom 21. Lebensjahre ab verlangte. Der Antrag ward durch den Genossen Schulze begründet. Das Volk habe ein natürliches Recht auf seine Selbstbestimmung; das Wahlrecht an einen Steuerzensus zu knüpfen, sei deshalb ungerichtet, weil die niederen Klassen hinsichtlich ihrer Steuerleistung einen viel größeren Druck auszuhalten hätten, als die Wohlhabenden und Reichen. Die letzteren zahlten ihre Steuern erst von jenem Ueberflusse, der durch die niederen Klassen erworben worden sei. Vor allem

musste man bei den Allerärmsten die denselben besonders belastenden indirekten Steuern in Betracht ziehen. Der Zensus wirke wie eine Strafe auf die Armut; er schaffe aber auch eine Rechtsunsicherheit, insofern diejenigen, die heute auf Grund des Zensus von 3 M. und mehr wählen können, dieses Recht bei der nächsten Wahl wieder verlieren, sobald sie durch unverschuldete Unglücksfälle in misliche Vermögensverhältnisse gerathen sind. — Hierauf geschah das Unerwartete. Nicht ein Ultrareaktionär, nicht der konfessionslose Wilmann-Börsig oder der finstere Opiß-Treuen, noch auch der konservative v. Delhshausen, sondern das Haupt der sächsischen Kammerfortschrittler, der einst hochliberale Vizepräsident Vorbar Streiß, erhob sich, um die Erklärung für das gesammte Kartell abzugeben, daß der Wahlrechtsantrag von Goldig u. Genossen nicht als eine „die Aufgaben, Bedürfnisse und Einrichtungen des sächsischen Staates gehörig berücksichtigende Grundlage für ein neues Wahlgesetz“ angesehen werden könne. Man werde deshalb gegen den Antrag, sowie gegen jede weitere gesetzliche Verhandlung desselben bestehen. Das Verbot wozu alle treffenden Ausführungen unserer Genossen für die Nothwendigkeit der Ertheilung des allgemeinen Wahlrechts. Die Mehrheit blieb, bis auf eine persönliche Bemerkung des Abgeordneten Opiß, der angethan worden war — stumm und taub gegen alle Ausführungen, nicht einmal in eine Haupt- und Schlußberatung trat man ein; die Reaktion schlug sich im Gespräche der Mehrheit aus und stimmte die sozialdemokratische Fraktion nieder. Eine größere Volksfeindlichkeit ist beinahe nicht denkbar. Die Arbeiter aber werden sich diese Sitzung des 11. Januar für die nächsten Landtagswahlen merken.

Zur Interpellation Dr. Mindewitz, betreffend die Zulassung nur approbierter Ärzte zu den Krankenkassen, nahm die sozialdemokratische Fraktion gleichfalls Stellung. Dieselbe erfolgte am 28. Januar. Die Regierung nahm in dieser Frage eine völlig korrekte Haltung ein, indem sie darauf verwies, daß ein Arzt zwar nicht mehr besetze und auch nicht approbiret werden müßte, wenn er ohne die Krankenkassenleistungen als Privatarzt in Krankheitsfällen behandeln dürften. Es bestesse auch in weiten Volkskreisen eine große Vorliebe, die Heilung und den Rath von Nicht-Ärzten einzuholen. Auch gebe es Gegenstände, wo Mangel an approbierten Ärzten herrsche und man in Verlegenheit gerathen würde, wenn schnelle, unentgeltliche Hilfe noth thue. Ferner gebe es viele Fälle, wo ein approbierter Arzt nicht unbedingt nöthig sei. Seitens unserer Genossen ward diese Anschauung nicht

nur getheilt, sondern noch wesentlich ergänzt, indem auf die Nichtärzte und die Naturheilkundigen verwiesen wurde, welche vielfach in der Krankenkassenpraxis und zwar mit großem Erfolg thätig sind, vor allem auch, weil sie billiger und ohne Mixturen, Pillen usw. arbeiten. Die reaktionär gewordenen Kammerfortschrittler Mindewitz und Streiß hatten an diesem Tage Feh, denn selbst die juristischen Vorbringerungen des letzteren wurden erfolgreich widerlegt.

Am demselben Tage ward Kap. 38—41 des Staats-Departement der Justiz, verhandelt. Dabei ward seitens unserer Genossen die bekannte Oberfronacher Affaire und das ergangene Urtheil des Oberlandesgerichts Dresden zur Sprache gebracht. Unsere Deputirten kamen die Affaire, in welcher zwei Flugblattvertheiler vom Amtsgericht zu Chemnitz zu Strafen verurtheilt worden, weil sie an einem Sonntag innerhalb der Wahlzeit offene Flugblätter der sozialdemokratischen Partei von Haus zu Haus getragen hatten, welches Urtheil das Oberlandesgericht unter einer bisher noch nicht dagewesenen Begründung bestätigte. Wir können hier um so eher auf eingehendere Wiederholung verzichten, als das Urtheil auch den deutschen Reichstag beschäftigt hat. Charakteristisch waren nur die Ausführungen des Justizministers Dr. Schurig, welcher die Meinung vertrat, daß die Vertheiler von Flugblättern in die Wohnungen gehen sollten und fragen: „Wollen Sie ein Flugblatt haben? Ein sozialdemokratisches Blatt sollen Sie in Empfang nehmen. Wenn das Vertheilen so ausgeführt worden wäre, so würde sicherlich Niemand in dem Vertheilen einen großen Unfug gefunden haben.“ Nach dem Justizminister läßt die unangeforderte Vertheilung von sozialdemokratischen Flugblättern an Nichtsozialdemokraten auf eine aufdringliche Darlegung des Parteistandpunktes der Sozialdemokratie hinaus. Hiernach hätte § 48 der Reichsgewerbeordnung, welcher in der Wahlzeit, auch an Sonntagen, die Ausbringung von Flugblättern offen gestattet, gar keinen Zweck mehr. Auf diesen verfassungsrechtlichen Paragrafen ist der Minister aber gar nicht eingegangen. Nun, es ist ihm in der Antwort seitens unserer Genossen entsprechend geantwortet worden. Im Reichstag ist es nach den vorverfälligen Ausführungen der Abgeordneten Auer und Treuer, und nachdem der Staatssekretär des Reichsjustizamts, Lieberding, diesen Ausführungen im wesentlichen beigetreten war, lieber nicht zu der vom Genossen Auer geforderten Deklaration zu § 48 der G.-O., welche einer Auslegung des Gesetzes, wie geschehen, künftig vorbeugen sollte, nicht gekommen. — Bei der politisch so hochwichtigen Frage schwiegen sich die Juristen des sächsischen Landtages, ausnahmslos des

Herrn Rechtsanwält Dpiß-Treuen, gründlich aus. Hier, wo es geht, sich der politischen Rechte einer Partei im Interesse aller Parteien anzunehmen, verlagte der sonst allerbereite juristische Scharfsinn. Die Herren Juristen Dr. Schill, Streit, Kahlmorgen, Bretschneider sagten keinen Muck. Herr Dpiß aber könnte nur wieder, was bereits gesagt war, nämlich, daß nur die Art und Weise der Vertheilung für das Oberlandesgerichts-Urtheil in Frage gekommen sei, d. h. er interpretirte in § 48 der G.-O. etwas hinein, was bei der klaren Fassung des Paragraphen unumgänglich erscheint und nur unter der Zuhilfenahme von Advokatentücken vorübergehend einen Schein von Recht gewinnen kann.

Eine wahrhafte Jaugen-Geburt war die Revision des Einkommensteuertarifs, welche noch viele mit der Schaffung eines neuen Einkommensteuer-Gesetzes verwechseln. Wie schon in unserm ersten Artikel bemerkt, handelte es sich dabei um die Erhaltung der Schuldstation, die bisher aus der Hälfte der Grundsteuer gezahlt wurde, aber von der Regierung, angesichts ihrer finanziellen Verlegenheit, bis auf einen Betrag von 200,000 M., den sie dafür im Etat für die Unterhaltung der allerärmsten Schulgemeinden eingestellt hatte, aufkuppert werden sollte. Um die Schuldstation dauernd zu sichern, legte die Regierung im Dezember einen revidirten Einkommensteuer-Tarif vor, von dessen Einführung sie sich für künftig eine Million Mark mehr versprach.

In diesem Entwurf waren die beiden untersten Steuerklassen (3—500 M.) in Betracht gebracht, weniger aus Gründen der Steuererleichterung für die armen Jeniten dieser Klassen, als aus finanziellen Gründen, da deren Einhebung circa 16 Prozent des gesammten Steuerbetrags verschlingt und ungegammelt (durch Ueindeckelbarkeit x.) circa 30 Proz. des gesammten Steuerbetrags verlieren gehen. Im übrigen ging der Entwurf selbst bei dem höchsten Einkommen nur bis 4 Proz. Die Sozialdemokraten monirten vor allem die geringe Erhöhung, die man den hohen Einkommen habe zu theil werden lassen, während die Entlastung bei den mittleren Einkommen (2500—10,000 M.) nur 2 M. 27 Pf. pro Kopf betrage. Genosse Raden als Haupt Sprecher zu diesem Gegenstande machte darauf aufmerksam, daß man bis 100,000 M. Einkommen nur zu einer Steigerung von 1 Proz. gekommen sei, während die Jeniten über 100,000 M. hätten bedeutend höher herangezogen werden müssen. Da es bei Einkommen von 100—200,000 M. 239 Jeniten, von 200—400,000 M. 94, von 4—800,000 M. 10 Jeniten im Jahre 1892 gab, so hätte man progressiv fortfahren und die großen Einkommen über 100,000 M., welche den

Feuilleton.

Ein Held des Geistes und des Schwertes.
[Nachdruck verboten.]
Herrlicher Roman aus den Zeiten des deutschen Kampfbundes von A. Otto-Walster.
(Fortsetzung.)

In diesem Augenblicke dröhnten schwere Schritte an dem Hausthor. Meister Lüdike eilte sofort an das Fenster und frug hinab, wer Einlaß begehrte.

„Oheim, Meister Lüdike, im Namen eines adelichen Rathes!“ rief unten eine Stimme. Bei diesen Worten das Mädchen mit gellender Stimme aufschrien.

„Es ist es.“

„Verhaltet Euch hier ruhig, bis ich zurückkomme“, befahl der Meister, indem er das Zimmer verließ.

„Verwäge Dich, theures Kind“, tröstete Frau Katharine, obwohl sie selbst sehr trübsalig war. „Wir stehen in Gottes Hand, er wird alles gut machen und alles zum besten wenden.“

„Im fernem Rom“, schluchzte Gertrud, ist Wolmar, er ahnt gewiß nicht, was ich hier alles zu dulden habe. Wüßte er's, auf Abfertigung wäre er herbereitigt, um meine Noth zu deuten. Er glaubt mich in der sicheren Gut eines Freundes, der Kling, besonnen und stark genug war, mich zu beschützen. Aber brauchen haben ihn die Herzoglichen Wegelagerer, wie er mir den Weg zur Stadt sicherte, und sein Diener ist gegangen, um das Haus seines Herrn zu theilen.“

„Das alles hast Du mir ja noch gar nicht erzählt“, rief Frau Katharine hoch aufhorchend. „Indem ging die Thür auf, und Meister Lüdike, gefolgt von dem Gefreiten und zwei Bedienten, trat in das kleine Zimmer zurück.“

Der Gefreite ließ seine argwöhnischen und süßlichen Worte im ganzen Zimmer umherschnellen. Betrachtete mit einer gewissen Geringschätzung das alte Mütterchen, mit einem beidseitigen Lächeln das junge Mädchen und wandte sich dann mit einer Art vornehmer Vertraulichkeit an den Hausherrn:

„Ihr dürft Euch nicht wundern, Meister, daß ich zu dieser späten Stunde mit dieser Begleitung Einlaß begehrte und darauf bestehen mußte, hier heraus geführt zu werden, aber da mir die Sicherheitswache dieser Nacht obliegt, und Euer Haus, welches bereits verwaschen“

„Rein Hans verdächtig?“ rief der Bürger auf's äufferste erschrocken. „Herr Gefreiter, hebenst wohl, was Ihr sagt, mein Ruf steht fest.“

„Es ist hier gar nicht die Rede von Euch“, erwiderte der Gefreite trocken, „man weiß, daß Ihr eine ganz ungefährliche Person seid, hier oben aber ist es nicht ganz richtig.“

„Dah' ich's nicht gelobt, Ihr wölklet mir's nicht glauben, Mutter Katharine, um hört Ihr's selbst aus dem Munde der Obrigkeit.“

„Nad da hier oben zu so ungewöhnlicher Stunde noch Licht brannte“, fuhr der Gefreite fort, „so mußte ich mich nach meiner Pflicht überzeugen, ob hier nicht ein Komplott gegen die Stadt angezettelt wird.“

„Ein Komplott, heiliger Anton, Beschützer unserer lieben Stadt“, rief die alte Frau, „das wäre ja sündlich, wie sollte uns armen Leuten das jemals einfallen?“

„Kenne Leute!“ spottete der Gefreite, „spricht Ihr von Euch, so mag es, wie es scheint, wohl zutreffen; wenn man aber einen reichen Geliebten, wie den Herrn von Rauchsaupt, den glänzendsten Kavaller am Wolfenbütteler Hof, den Uinkling und intimsten Vertrauten des Herrn Herzogs Friedrich Ulrich hat, dann wird die Armut wohl nicht allzugroß sein, denn der Herr von Rauchsaupt ist alles, was kein Feind.“

„Wie? was? wer ist die Geliebte des Herrn von Rauchsaupt?“ frug Meister Lüdike ganz erstaunt.

„Ich ganz gewiß nicht, Gott sei meiner Seele gnädig“, versicherte Frau Katharine.

„Das braucht ihr niemandem zu beschwören“, spottete der Gefreite, „es müßte denn von dem Großvater des Herrn von Rauchsaupt die Rede sein.“

Gertrud war bleich wie eine Mablasterkäse geworden, ihre Lippen zuckten, und so viel Jörn, als dieses junge Herz nur zu empfinden vermochte, blühte in ihren sonst so sanften blauen Augen:

„Ihr seid ein elender Verräther Euer Lebtage gewesen, Jan Niklas, und der niedrigwürdigste Hölwenich, den jemals meine armen Augen sahen. Gott hat Euch mir zur Strafe meiner Sünden geschickt, und ich werde wohl niemals Ruhe von Euch finden, als bis ich tief in meinem Grabe ruhe.“

„Hö, hö, wie das Fräulein gleich sentimental werden kann“, lachte der Gefreite in seiner rohen Weise aus.

„Niemand weiß besser, als Ihr, daß ich vor den Verfolgungen des Herrn von Rauchsaupt, sowie vor den eurigen, in diese Stadt geflüchtet bin.“

„Verhalt halt Ihr wohl auch den Thomas Hiller hierher bestellt, der ein eben so guter Herzoglicher ist, wie jener Kavaller?“

„Nensch“, rief das Fräulein ganz außer sich, „was geht in Eurer schwanzigen Seele vor, daß Ihr auf einmal so viele Lügen zusammenbringt? Ihr wißt es wohl ganz gut, daß Herr Hiller niemals ein Herzoglicher gewesen, nie einer werden kann. Ihr wißt es auch ganz wohl, daß Herr Hiller nicht hier ist, sondern gegenwärtig in der Gefangenschaft des Herzogs zu Wolfenbüttel schmachtet.“

„O, hi“, lachte der Gefreite, „jetzt stellt sich

das Fräulein wieder ganz unvorsichtig, und sie weiß doch so genau, wie ich, daß er heute gegen Abend in die Stadt geritten ist.“

„Ja, das ist wahr“, erklärte Meister Lüdike, „ich habe einen Herrn Thomas Hiller heute durch das Spinnthor passieren lassen.“

„Thomas Hiller hier?“ rief das Fräulein mit freudigen Erschrecken, „nun dann sei Gott gelobt und bedankt.“

„Seht Ihr's, Meister Lüdike, wie sie sich freut, daß ihr Wähl zu ihr gelangt? Wenn Leute lachen ihn in der ganzen Stadt, weil er den Kerker gebrochen, den der Würgermeister zur Vorsicht über ihn verhängt hatte. Wir werden seiner bald genug habhaft werden, um ihn gänzlich unschädlich zu machen, er wird die Braunschwelger Gefängnisse leichter finden, als die Wolfenbütteler, glaubt mir. Euch aber nehme ich mit als eine höchst gefährliche Intrigantin, darum macht Euch fertig, denn Ihr müßt noch diese Nacht mit mir.“

„Ich mit Euch?“ rief das Mädchen voller Absehen, „immermehr!“

„Ich sage Euch, Ihr müßt; darum sperrt Euch nicht lange, kommt!“

„Vergeblich nicht“, behauptete Gertrud und streckte wie zur Abwehr die rarten Hände aus.

„Es wird schon lebendig gehen, nicht wahr, Meister Lüdike? Ihr müßt einschulden, wenn wir in Eurem Hause Gewalt gebrauchen, aber Ihr seht, es geht nicht anders.“

„Es ist ein nichtswürdiger Betrüger, helft mir, Meister Lüdike, helft, Frau Katharine“, rief das Mädchen mit Herzen erschütternder Stimme.

Meister Lüdike suchte unentschliffen die Richten, das alte Mütterchen suchte zu beruhigen, bedachte aber doch zurück, als ein eiserner Hund des Gefreiten die Soldaten vortraten, um sich ihrer Deute zu bemächtigen.

(Fortsetzung folgt.)